Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrates zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften.

Druck und Verlag von J. Nuhr Nachfolger Dr. Alban Frisch.
Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

Anzeiger

Hohenstein-Ernstthal mit Hüttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Wüstorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenchursdorf, Call-berg, Grumbach, Tirschheim, Kuhschnappel, St. Egidien, Wüstenbrand, Grüna, Mittel-Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Vieitza und Nußdorf.

Nr. 102 — Mittwoch, 3. Mai 1922 — 72. Jahrg.

Unsere künftige Kartoffelversorgung.

Unter dem Druck von Ernährungsschwierigkeiten und der fortschreitenden Teuerung werden in der letzten Zeit lebhaft die Fragen der Nahrungsmittelversorgung im kommenden Wirtschaftsjahr erörtert. Ueber die Gestaltung der Getreidewirtschaft schweben noch die Verhandlungen; dagegen hat die kürzlich erfolgte Besprechung der Ernährungsminister der Länder mit dem Reichsernährungsministerium über die Kartoffelversorgung im kommenden Erntejahr einige Klarheit geschaffen. Auch in dieser Frage standen sich und stehen sich heute noch die Auffassungen zum Teil gegenüber. Nachdem die Entscheidung in der Konferenz der Ernährungsminister gefallen ist, erscheint es zwecklos, von neuem in eine Erörterung über die Zweckmäßigkeit der Ausdehnung des Umlageverfahrens auf die Kartoffelbewirtschaftung einzutreten. Dagegen ist es von Interesse, rückschauend auf die Argumente kurz einzugehen, die von den verschiedenen interessierten Seiten vorgebracht wurden. Die Stellungnahme der Landwirtschaft war von vornherein bekannt: sie erklärte, nur der völlig freie Verkehr zwischen Erzeuger und Verbraucher könne zu der Produktionssteigerung führen, die im Interesse der von außen und innen geschwächten deutschen Volkswirtschaft erforderlich sei. Von Verbraucherseite war dagegen unter Anführung von beachtenswerten Gründen für die künftige Kartoffelbewirtschaftung eine Umlage, ähnlich wie bei der Getreidebewirtschaftung, gefordert worden. Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß verschiedentlich auch von Stellen, die Verbraucherinteressen vertreten, gegen eine Zwangsbewirtschaftung der Kartoffeln Stellung genommen wurde, u. a. vom Vorstand des Deutschen Städtetages. Eine ähnliche Auffassung trat in einer Sitzung zutage, die im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter Teilnahme von Vertretern der Städte, Konsumvereine und anderer Verbrauchergruppen stattgefunden hat. Man ging bei der Begründung dieser ablehnenden Haltung zum Teil von den Erfahrungen der Kommunalverbände und Konsumvereine zur Zeit der Zwangswirtschaft aus. Die Städte hatten bei der Kartoffelbewirtschaftung Millionenverluste zu beklagen, und sie sind bei ihrer heutigen schlechten Finanzlage nicht mehr imstande, nochmals ein derartiges Risiko auf sich zu nehmen. Zudem fehlen den Städten meist die erforderlichen technischen Anlagen zur sachgemäßen Aufbewahrung größerer Mengen von Kartoffeln.

Die Konferenz der Ernährungsminister sah sich nun auf Grund der von verschiedenen Seiten vorgebrachten sachlichen Argumente und auf Grund der früher gemachten Erfahrungen in die Lage gesetzt, eine Entscheidung zu fällen, die zwar kaum den Wünschen aller an dieser Frage interessierten Kreise vollkommen Rechnung trug, die aber anknüpfte an eine Anregung der Städte, die sich für eine möglichst weitgehende Durchführung von Lieferungsverträgen ausgesprochen hatten, trotz der nicht immer günstigen Erfahrungen des vergangenen Herbstes. Es sollen gemäß dem Vorschlag der Ministerkonferenz die Lieferungsverträge mit den großen Verbrauchergruppen mit allen Mitteln gefördert werden, eine Maßnahme, die übrigens durchaus im Sinne der seit langem von beiden Seiten angestrebten Annäherung und engeren Verbindung zwischen Erzeuger- und Verbrauchergruppen liegt. Eine zweite Maßnahme, auf deren Durchführung von den zuständigen Stellen mit aller Energie hingestrebt werden soll, ist eine Vermehrung der Wagengestellung, durch die zu erhoffen ist, daß wir in dem nächsten Erntejahr von den Ernährungsschwierigkeiten dieses Winters verschont bleiben werden. Noch eine dritte Maßnahme ist in Erwägung gezogen worden, die einem anderen Uebelstande zu Leibe gehen soll: die Nachprüfung der Vorschriften über die Konzessionierung des Kartoffelhandels. Gelingt es auf diese Weise, das in der letzten Zeit unerträglich gewordene Treiben wilder Aufkäufer einzudämmen und so der unlauteren spekulativen Preistreiberei das Wasser abzugraben, so dürfte im nächsten Jahr ein Sicherungsventil geschaffen sein gegenüber den jüngst aufgetretenen wucherischen Preisforderungen.

Genua.

* Das Tagesgespräch auf der Konferenz bildet das Memorandum an Rußland und die Frage: werden sie annehmen oder nicht? Die endgültige Redaktion des Memorandums war zwar gestern noch nicht fertiggestellt — ein Sachverständigenkomitee sollte sich damit beschäftigen, um den endgültigen Text am Nachmittag der Unterkommission vorzulegen —, aber tatsächlich ist das Abkommen abgeschlossen, und nunmehr erörtert man lebhaft die Frage, welches die Haltung der russischen Abordnung sein wird. Englischerseits ist man überzeugt, daß die Russen die Note annehmen würden. Vielleicht würde England sogar, um diese Annahme zu erreichen, dazu bereit sein, weitere Zugeständnisse zu machen und vielleicht sogar den Russen anstatt der ursprünglich zugesagten 26 Millionen 50 Millionen Pfund Sterling zur Verfügung stellen. Vielleicht würde England auch bei den anderen Alliierten dafür eintreten, daß man die Sowjetregierung anerkenne, falls sie das Memorandum annehmen würde. Die Russen haben sich noch nicht ausgesprochen. Sie dürften jedenfalls Umschau halten, ob es ihnen nicht möglich wäre, mit den einzelnen Staaten Abmachungen zu treffen. Und wenn diese für sie vorteilhaft wären, dann könnten sie auf das Genua-Abkommen verzichten. Verhandlungen zwischen ihnen sind jedenfalls noch in der Schwebe. Mit den Engländern und den Italienern wurden Verhandlungen eingeleitet. Aber auch mit den Franzosen müßte die Sowjetregierung zu einer friedlichen Lösung gelangen. Inzwischen wäre Rußland bereit, den Vertrag von Versailles anzuerkennen oder wenigstens sich zu verpflichten, nichts gegen den Vertrag zu unternehmen. Um die Verhandlungen mit den Franzosen zu erreichen, müssen die Russen ebenfalls zustimmen, daß einstweilen ihre Anerkennung nicht erfolgt.

Die heutige zweite Vollsitzung.

Genua, 2. Mai.

Das Programm der zweiten Vollsitzung der Konferenz, die heute Mittwoch, den 3. Mai, im Palazzo San Giorgio abgehalten werden soll, ist folgendes:

1. Beratung der von der zweiten Kommission vorgelegten Entschließungen: a) Laufende Angelegenheiten, b) Zentral- und Emissionsbanken, c) die öffentlichen Finanzen unter Berücksichtigung des Wiederaufbaues, d) Valutafragen, e) Organisation des russischen öffentlichen und privaten Kredits.

2. Beratung der von der vierten Kommission vorgelegten Beschlüsse über Transportfragen.

Lloyd George und Barthou abgereist.

Genua, 2. Mai.

Barthou ist heute nach Paris abgereist, um dort Bericht zu erstatten, die Verteidigung gegen eventuelle Angriffe aufzunehmen und Maßnahmen in der Frage des russischen Kompromisses zu verabreden. Die französische Delegation in Genua ist überzeugt, daß Barthous Verhalten die Billigung des Ministerrates finden wird. Barthou wird Sonnabend wieder in Genua erwartet. Nach seiner Rückkehr sollen die Besprechungen über den Gottesfrieden, die zuletzt völlig ruhten, wieder aufgenommen werden.

Nach der Abreise Barthous erfuhr man, daß auch Lloyd George noch heute Genua für 28 Stunden verlassen wird. Das Ziel seiner Reise wurde nicht bekanntgegeben, doch dementiert die englische Abordnung entschieden, daß er nach London zurückkehren oder sich nach Paris begeben wird. In italienischen Kreisen erinnert man daran, daß Lloyd George schon längst beabsichtigt, mit Frau und Tochter Florenz zu besuchen. Vielleicht nutzt er also die Verhandlungspause der Konferenz aus, um sich vor Wiederbeginn der Russenverhandlungen zu erholen. Zunächst scheint nur festzustehen, daß Lloyd George in Italien bleibt, was natürlich nicht ausschließt, daß er noch nach der französischen Grenze fahren könnte.

Von anderer Seite verlautet, Lloyd George werde zwei oder drei Wochen länger als man ursprünglich gedacht, in Genua bleiben. Er wird aber inzwischen nach London zurückkehren, um dem Parlament über den Verlauf der Verhandlungen in Genua zu berichten. Die englische Delegation sieht die Stellung des Pariser Kabinetts gegenüber der Konferenz als bedeutsam verändert an. Lloyd George glaubt, daß eine Konferenz der Signatarmächte in San Remo stattfinden wird, unmittelbar nachdem er Genua verlassen habe.

Das Abkommen von Rapallo eine „Verletzung" des Vertrags von Versailles.

Paris, 2. Mai.

Die juristische Abteilung der Wiedergutmachungskommission hat ihr Gutachten über den Vertrag von Rapallo abgegeben. Sie stellt darin fest, daß Deutschland durch diesen Vertrag die Artikel 236, 248 und 260 des Versailler Vertrages verletzt, in denen sich Deutschland einverstanden erklärt hat, daß es seine wirtschaftlichen Einnahmen direkt der Wiedergutmachungskommission zuführen wolle, und denen zufolge der Wiedergutmachungskommission alle Rechte von deutschen Staatsangehörigen zustehen, die in Rußland Unternehmungen und Konzessionen besitzen.

Paris, 2. Mai.

Auch der diplomatische Mitarbeiter des „Ciblogramms" teilt mit, daß die Wiedergutmachungskommission ihre Antwort an Deutschland fertiggestellt habe. Es heißt darin, daß die Angaben des deutschen Moratoriums über die Steuerreform nicht für ausreichend befunden wurden. Die Wiedergutmachungskommission stellt also in diesem Punkte eine Verfehlung Deutschlands fest. Die Kommission prüfte dann, ob der Vertrag von Rapallo dem Versailler Frieden widerspreche und stellte fest, daß eine Verletzung des Versailler Vertrages vorliege. Das Vorgehen Deutschlands wird als unrichtig bezeichnet. Zur Beurteilung dieser Frage wurde als wesentlich hingestellt, daß die Alliierten ebenfalls beabsichtigen, mit Rußland einen Vertrag abzuschließen. Der diplomatische Mitarbeiter erfährt weiter, daß für den Abschluß dieses allgemeinen Vertrages mit Rußland die Tatsache von größter Bedeutung sein werde, ob Rußland die im Versailler Vertrag festgesetzten Grenzen anerkenne oder nicht.

Vor weiteren Sonderabkommen?

Genua, 2. Mai.

Es wird behauptet, Lenin habe die russische Abordnung instruiert, falls keine annehmbare Einigung mit den Mächten zu erzielen sei, möglichst auf den Abschluß von Sonderabmachungen hinzuarbeiten. Die Russen erklärten bereits, daß sie, wenn kein allgemeiner Vertrag zustande komme, mit England ein Sonderabkommen im Sinne des Vertrags von Rapallo eingehen würden.

Nach dem „Corriere della Sera" soll bei Erörterung des Memorandums betreffend Rußland auch Lloyd George betont haben, England sei fest entschlossen, unter allen Umständen am Wiederaufbau Rußlands teilzunehmen. Wenn die Konferenz von Genua nicht zu einem allgemeinen Abkommen mit Rußland führe, sei es klar, daß mehr als ein Staat, darunter auch Großbritannien, sich berechtigt fühlen würde, Sonderverträge mit Rußland abzuschließen.

Rohstoffe und Kohle in Genua.

Genua, 30. April.

In der ersten Unterkommission des Wirtschaftsausschusses unter Vorsitz des französischen Delegierten Serruys, wurde heute in der Diskussion der Rohstoffrage fortgefahren, in welcher der Schweizer Delegierte Schultesz sich dem italienischen Antrage auf völlige Freiheit des Rohstoffverkehrs von Ausfuhrstellen im Prinzip anschloß. Der italienische Handelsminister Rossi legte nochmals den Standpunkt der italienischen Delegation dar. Er gab zu, daß die von deutscher Seite tags zuvor erhobenen Bedenken auf Grund des Tiefstandes der mitteleuropäischen Währung zu einer gewissen Belastung der Rohstoffausfuhr berechtige. Anderseits betonte er mit deutlichem Hinweis auf die Kohlenpolitik Englands während und nach dem Kriege, daß die materiellen Vorteile gewisser Ausfuhrländer hinter dem höheren Interesse der Gesamtwirtschaft Europas unter allen Umständen zurücktreten müßten. Er schlug vor, künftig die Belastung nicht über zehn bis fünfzehn Prozent des Wertes festzusetzen.

Ihm erwiderte Staatssekretär Hirsch namens der deutschen Delegation, der zunächst das grundsätzliche Einverständnis mit dem von Rossi vertretenen Prinzip zum Ausdruck brachte. Die Bedenken Deutschlands, die aus dem Stande seiner Währung sich ergeben, seien hoffentlich vorübergehend. Es zeigte sich aber auch bei dieser Frage, daß die wirtschaftlichen Probleme nicht gelöst werden können, solange das internationale Finanz- und Währungsproblem noch nicht gelöst ist. Während der Kohlenpreis pro Tonne vor dem Kriege rund 13 Mark betrug, belief sich der Weltmarktpreis der deutschen Kohle in Italien Ende 1921 auf etwa 4 Mark, während die englische Kohle mehr als 20 Mark kostete. So verliert durch den Stand seiner Währung Deutschland, wenn es zum Inlandpreis verkauft, 75 bis 80 Prozent des Goldwertes, während es doch für seine Einfuhr die vollen Weltmarktpreise bezahlen muß. Die von Italien soeben vorgeschlagene Höchstbelastung von 10 bis 15 Prozent genüge nicht, um die Spannung zum Weltmarktpreis für Deutschland auch nur einigermaßen auszugleichen. Darüber hinaus sei Deutschland nicht in der Lage, diesem Vorschlage zuzustimmen, da die Reparationskommission für die Kohle einen Steuerzuschlag von 40 Prozent gewünscht habe.

Auf Vorschlag der deutschen Delegation wurde eine Expertenkommission zur Vorlegung einer endgültigen Fassung des Art. 45 eingesetzt, die ihr Ergebnis der Kommission unterbreiten wird. Der Expertenkommission gehören die einladenden Mächte, Deutschland und die Schweiz an.

England gegen neue Zwangsmaßnahmen?

London, 2. Mai.

Chamberlain erklärte im englischen Unterhause auf eine Anfrage, England sei durch keinerlei Vertrag verpflichtet, an einer militärischen Aktion gegen Deutschland teilzunehmen, wenn dieses seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die englische Regierung sei nicht bereit, mit Frankreich gemeinsame Sache zu machen, falls diese sich dazu entschließen sollte, das Ruhrgebiet zu besetzen.

Direkte finanzielle Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich?

Berlin, 2. Mai.

Die Turiner „Stampa" meldet aus Genua, daß dort bedeutende Besprechungen stattgefunden hätten, um zu einer direkten finanziellen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu gelangen. Diese Verhandlungen, an denen auch ein Vertreter des Bankiers Morgan teilgenommen haben soll und die auch in den Tagen der Genueser Krise nicht unterbrochen worden seien, sollen sich auf der Basis einer provisorischen Lösung bewegt haben und zwar durch Auflegen einer internationalen Anleihe, durch die die dringendsten Ansprüche Frankreichs zunächst befriedigt werden sollen, wodurch die europäische Lage auf einige Zeit wenigstens beruhigt werden könnte.

Diese Meldung eilt, wie der „Voss. Ztg." aus Genua gemeldet wird, den Tatsachen zumindestens voraus. Verhandlungen über diese Fragen haben in Genua nicht stattgefunden, sondern werden vermutlich Gegenstand der Beratungen der am 8. Mai in Paris zusammentretenden Anleiheausschüsse des Reparationsausschusses bilden.

Das Ergebnis der Würzburger Finanzministerkonferenz.

Von unterrichteten Seite erfahren die „Leip. N. N." über das Ergebnis der Würzburger Finanzministerkonferenz folgendes: Es konnten zunächst nur allgemeine Richtlinien aufgestellt werden, weil die gesetzgebenden Faktoren des Reiches und der Länder noch gefragt werden müssen. Die ihnen zur Genehmigung zu unterbreitenden Richtlinien bedeuten ein wesentliches Entgegenkommen des Reiches gegenüber Ländern und Gemeinden, zu deren Gunsten vor allem eine andere Verteilung der Reichseinkommensteuer vorgesehen ist. Die Länder erhalten künftig Dreiviertel statt bisher Zweidrittel der Reichseinkommensteuer einschließlich der Gemeinden. Hieraus werden Ländern und Gemeinden künftig bedeutend höhere Mittel zufließen als bisher. Zur Deckung des großen Fehlbedarfs des Reichshaushalts soll unter Umständen eine neue Erhöhung der Umsatzsteuer vorgenommen werden.

Das wichtigste Ergebnis der Konferenz ist die Abdeckung der Vorschüsse, die das Reich seit Anfang 1921 für die Beamtengehaltserhöhungen den Ländern und Gemeinden gegeben hatte. Sie werden in feste Beiträge des Reiches umgewandelt werden, so daß Länder und Gemeinden künftig mit festen Zuschuß-Summen in ihren Haushaltplänen rechnen können. Ueber das hierbei einzuschlagende Verfahren gingen die Meinungen auseinander. Eine endgültige Klärung ist noch nicht erfolgt. Sie soll weiteren Besprechungen vorbehalten bleiben. Der Reichsfinanzminister erklärte, er werde in Zukunft etwa alle zwei Monate derartige Finanzministerkonferenzen abhalten.

Hermes vor dem Untersuchungsausschuß.

Im Unterausschuß des Reichstages zur Untersuchung gegen Hermes erstattete Abg. Semmler (Dem.) Bericht über die Weinlieferungen des Winzerverbandes.

Dr. Hermes war persönlich erschienen.

1. Es frage sich, liegen Beweise für die Von